



Hans-Joachim Hacker
Mitglied des Deutschen Bundestages
Tourismuspolitischer Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

Hans-Joachim Hacker, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 79 313
Fax: (030) 227 – 76 618
Email: hans-joachim.hacker@bundestag.de

Wahlkreisbüro Schwerin

Arsenalstraße 36
19053 Schwerin
Tel: (0385) 51 25 18
Fax: (0385) 51 25 17
Email: hans-joachim.hacker@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Ludwigslust

Alexandrinenplatz 7
19288 Ludwigslust
Tel: (03874) 66 68 04
Fax: (03874) 66 53 40
Email: hans-joachim.hacker@wk2.bundestag.de

Grußwort

**zur Vollversammlung des Landesschülerrates Mecklenburg-Vorpommern vom
26. November bis 28. November 2010 in Burg Stargard**

Liebe Schülervereinerinnen und Schülervereiner,

für Ihre 13. Vollversammlung des Landesschülerrates Mecklenburg-Vorpommern wünsche ich Ihnen viel Erfolg und vor allem viele gute Diskussionen und Erkenntnisse, die Sie als Schülervereinerinnen und Schülervereiner an Ihren Schulen nutzen können.

Es ist sicher nicht einfach, an jeder Schule engagierte Vereinerinnen und Vereiner der Schülerschaft zu gewinnen, muss doch dieses Amt neben den schulischen Pflichten erfüllt werden. Ich danke daher allen, die sich dazu bereit erklärt haben, sich als Schülervereinerin oder Schülervereiner zur Verfügung zu stellen und sich damit für die Schule insgesamt engagieren. Mischen Sie sich weiterhin ein!

Ein wichtiges Thema Ihrer Vollversammlung wird die Selbstständige Schule sein – Sie werden Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur austauschen und sicher an der einen oder anderen Stelle Kritik, aber sicher auch Zustimmung äußern. Ich halte es für außerordentlich wichtig, dass Sie sich in diesen Prozess mit Ihren Ideen einbringen.

Sie wollen auf Ihrer Vollversammlung auch darüber diskutieren, ob die Bundeswehr „ein attraktiver Partner für die Schüler in der Selbstständigen Schule“ ist. Es bleibt dabei: in der Selbstständigen Schule sollen die Schülerinnen und Schüler mitbestimmen und mitgestalten dürfen. Das gilt auch für die Frage, über welche politischen Themen an einer Schule diskutiert werden soll und welche Partner dazu eingeladen werden. Es bleibt aber auch dabei: die Bundeswehr ist Teil unserer Gesellschaft. Mehrere hunderttausend Menschen dienen in ihr als Soldatinnen oder Soldaten, arbeiten im zivilen Bereich für die Bundeswehr oder unterstützen sie als Auftragnehmer für Dienstleistungen bei ihrer Aufgabenerfüllung. Das Thema Bundeswehr umfasst auch mehr als nur die Debatte über Auslandseinsätze. Sie muss sich aber auch Kritik stellen – und mit Kritik auseinandersetzen dürfen.

Deshalb kann sie auch ein Partner für Diskussionen in der Schule sein – und ich meine sie sollte es auch.

Genausowenig wie wir uns vor politisch-kritischen Fragen nicht einfach wegducken können, dürfte es eigentlich keine Frage sein, ob die Bundeswehr ein Partner der Schulen sein darf. Ob dies ein „attraktiver“ Partner ist, bleibt der Diskussion in den Schulen selbst überlassen. Ich halte es allerdings für undemokratisch – wie in Diskussionen der vergangenen Monate deutlich wurde – der Bundeswehr die Teilnahme an Vortrags- oder Diskussionsveranstaltungen in den Schulen zu verwehren. Das erweckt auch den Eindruck, als würden die Schülerinnen und Schüler an den Schulen nicht den Inhalten und Argumenten der Bundeswehr gewachsen sein oder sich vor der Diskussion scheuen. Diesen Eindruck halte ich für falsch. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, die Bundeswehr ebenso wie Friedensdienste oder andere national und international agierende Organisationen in den Unterricht einzuladen und sich und ihre Initiativen vorstellen zu lassen. Es ist auch nach meiner Überzeugung abwegig, junge Staatsbürger zur Bundeswehr einzuziehen bzw. als Freiwillige aufzunehmen, und sie wenige Monate vor Dienstantritt in den Schulen von gesellschaftlichen Diskussionen über die Aufgabe der Bundeswehr in unserer Gesellschaft auszuschließen. Mit der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht wird es künftig sogar noch wichtiger, dass ein gesellschaftlicher Diskurs mit und über die Bundeswehr stattfinden kann. Waren zuvor die Wehrdienstleistenden als „Staatsbürger in Uniform“ mit ihrer kurzen Dienstzeit praktisch gesellschaftliche Kontrolleure, die Dienst, Einsätze und Praktiken hinterfragen konnten, wird dies bei einer Berufsarmee schwerer. Umso wichtiger ist es, dass sich die Bundeswehr der gesellschaftspolitischen Debatte stellt. Und genau die gehört auch in die Schule.

Die Bundeswehr ist im Grundgesetz verankert, sie wird vom Deutschen Bundestag kontrolliert und verfügt mit dem Wehrbeauftragten über eine unabhängige Instanz, an die sich Soldatinnen und Soldaten bei Beschwerden wenden können. Entscheidet sich eine Schule, über sicherheitspolitische Fragen im Unterricht diskutieren zu wollen, so sind Vertreter all dieser Partner, also sowohl Soldatinnen und Soldaten, Mitglieder des Deutschen Bundestages – zum Beispiel aus dem Verteidigungsausschuss – und der Wehrbeauftragte mit Sicherheit gute Ansprechpartner ebenso wie es Nichtregierungsorganisationen sind, die im Ausland im Einsatz sind.

Die Schlüsse aus solchen Diskussionen werden die Schülerinnen und Schüler selbst ziehen – auch das ist Teil der Selbstständigen Schule. Dafür wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und einen interessanten Unterricht.

Schwerin, im November 2010

Ihr

